

Neofeudaler Merkel-Stil

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat Äthiopien besucht. Die Reise ist doppelt gescheitert: Sie tappte in eine diplomatische Falle und kam ohne konkretes Migrationsabkommen zurück.

Von Peter Keller



Asyl-Wunschland: Bundespräsidentin Sommaruga in Dschidschiga (Äthiopien), 25. Oktober 2015.

Seit ihrer Wahl in den Bundesrat hat Justizministerin Simonetta Sommaruga verschiedene Reisen ins Ausland unternommen. Eines ihrer bevorzugten Ziele ist Afrika, ein Kontinent, der ihr offenbar am Herzen liegt. Keiner ihrer Ratskollegen hält sich dort auch nur annähernd so oft auf wie die Berner Sozialdemokratin.

So machte sie sich im Oktober 2011 auf den Weg nach Guinea, um ein Migrationsabkommen zu unterschreiben und Rückkehrer aus der Schweiz zu treffen. Im Juni 2012 besuchte sie Tunesien, wo sie zwei Abkommen unterschrieb und ein Flüchtlingscamp besichtigte. Im Februar 2013 ging es nach Nigeria, um eine mögliche Migrationspartnerschaft zu diskutieren, dann in die Demokratische Republik Kongo und nach Angola, wo sie Migrationsabkommen unterzeichnete. Im September 2014 begab sie sich nach Kamerun, auch dorthin für ein Migrationsabkommen. Die vorläufig letzte Reise

nach Afrika führte die Bundespräsidentin im vergangenen Oktober nach Äthiopien. Dieses Mal kehrte sie allerdings ohne irgendeine handfeste Migrationsvereinbarung zurück.

Zunächst lässt sich festhalten: Afrika ist die Vorzugsdestination der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Was ihr dabei besonders wichtig ist, sind die Besuche von Flüchtlingslagern – wie jetzt wieder in Äthiopien. Sie möchte das Elend der Leute mit eigenen Augen sehen. Sommaruga habe den Hang, sich als Hüterin der Humanität zu zeigen, heisst es aus ihrem Umfeld – was durchaus auch aus innenpolitischem Kalkül erfolge. Sie könne damit ihr Versagen in der Asylpolitik vertuschen und den linken Parteiflügel der SP besänftigen.

Im EJPD und insbesondere in den Kantonen sind nicht alle über diese öffentlichkeitswirksamen Besuche glücklich. Statt konkrete Ver-

handlungsziele zu erreichen und Rückübernahmeabkommen mit renitenten Drittstaaten zu erzielen, sei es ihr wichtiger, Flüchtlinge zu treffen, um Reden und Interviews mit Erlebnissen anreichern zu können und so die Betroffenheit der Bürger zu wecken. So berichtete die Bundesrätin bei der 1.-August-Rede in Laupen 2014 von ihrer Arbeitsreise nach Jordanien und dem Besuch eines Flüchtlingslagers an der syrischen Grenze. Jordanien sei ein Land mit weniger Einwohnern als die Schweiz und habe in den letzten drei Jahren über 600 000 Flüchtlinge aufgenommen.

Und nun im Oktober die Reise nach Äthiopien. Das Land sei ein «Stabilitätsanker in der Region», erklärte die Justizministerin in einer Medienmitteilung. Der Nachbarstaat Eritrea, der für die Hauptlast der hiesigen Asylprobleme verantwortlich ist, war kein Thema, obschon allein bis Ende September 8927 Eritreer ein Asylgesuch stellten (was einer Zunahme um 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht). Auf die Gesamtzahl der Gesuche bezogen, stammt jeder dritte Asylbewerber aus dem ostafrikanischen Land.

Der Zustrom von Flüchtlingen eritreischer Herkunft setzt sich unvermindert fort – trotz nahendem Winter. Aber die verantwortliche Bundesrätin hält es nicht für nötig, diesen Staat persönlich aufzusuchen. Im Gegenteil: Sie bereist mit Äthiopien ausgerechnet jenen Nachbarn, der als ewiger Rivale und Erbfeind Eritreas gilt und aus dem nur wenige Asylbewerber stammen (481 in den Monaten Januar bis September). Wie ist ein solches Verhalten erklärbar?

In Eritrea unerwünscht

Während der Asyldebatte im Sommer zögerte die Bundespräsidentin nicht, die eritreischen Asylsuchenden gegenüber der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen. Die NZZ titelte: «Sommaruga verteidigt die Eritreer». Eritrea sei eine Diktatur, ein Unrechts- und Willkürstaat. Das Regime gewähre nicht einmal dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Zugang zu den Gefängnissen. Deshalb, so die SP-Politikerin im neofeudalen Merkel-Stil, sei es «undenkbar», Menschen nach Eritrea zurückzuschicken.

Ob eine solche öffentliche Verurteilung eines anderen Staates für eine Bundespräsidentin angemessen ist, scheint mehr als fraglich. Wer diplomatisch etwas erreichen will, würde sich jedenfalls mehr zurückhalten. Aber offensichtlich interessiert sich Sommaru-

ga kaum für die schweizerische Interessenpolitik, weder im Umgang mit Brüssel noch im Umgang mit Problemstaaten. Zwar bekennt sich die Justizministerin grundsätzlich zur Neutralität der Schweiz, was sie zuletzt an den Marignano-Feierlichkeiten tat, diese Haltung würde jedoch auch mehr Respekt vor der Souveränität anderer Länder bedeuten. Es ist absehbar, dass die Regierung Eritreas in nächster Zeit weder die Schweizer Bundespräsidentin noch ihre Mitarbeiter empfangen wird, nachdem sich Simonetta Sommaruga derart aggressiv geäussert hat. Gemäss Auskunft des EJPD auf die Anfrage der *Weltwoche* ist für 2016 jedenfalls keine Reise der Justizministerin nach Eritrea geplant. Vielleicht auch deshalb, weil man dort unerwünscht ist.

In diplomatischen Kreisen hält man die Reise Sommarugas nach Äthiopien für doppelt gescheitert: Die Bundespräsidentin sei regelrecht in eine Falle getappt. Das ostafrikanische Land habe den Besuch der Schweizerin propagandistisch ausgenutzt, sowohl der Präsident wie der Premierminister empfangen die EJPD-Chefin und verbuchten die Schweizer Visite als Unterstützung ihrer Anti-Eritrea-Politik durch einen neutralen und respektierten Staat. Zweitens kam Sommaruga ohne konkrete Ergebnisse zurück, obwohl auch betreffend Äthiopien akute Rückführungsprobleme bestehen, wie die Justizministerin im September auf einen Vorstoss

von Nationalrat Roland Büchel (SVP) hin bestätigte: «Mit Äthiopien ist die Zusammenarbeit bei der Identifikation wie auch bei der Rückführung von Personen mit rechtskräftiger Wegweisung weitgehend blockiert. Im Mai 2015 konnte die Zusage Äthopiens erlangt werden, mit der Schweiz Gespräche über ein Rückübernahmeabkommen zu führen.» Den äthiopischen Behörden sei unterdessen ein erster Entwurf eines

Das Mutter-Teresa-Image soll ablenken vom eigenen Unvermögen und von den Fakten.

Abkommens überreicht worden. Auf die Frage der *Weltwoche*, ob das Rückübernahmeabkommen offiziell angesprochen worden sei, antwortete das EJPD mit einem knappen Ja.

Zahl der Gesuche hat sich verdoppelt

Warum konnte die Bundespräsidentin trotz Aufmarsch der politischen Eliten das Abkommen nicht unterzeichnen? Im Vordergrund der Reise habe die Hilfe vor Ort gestanden, erklärt Sommarugas Generalsekretariat. Äthiopien, obwohl selber arm, habe bereits Hunderttausende Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten aufgenommen. Man sei aber übereingekommen, den «Dialog und die Zusammenarbeit im Migrationsbereich» zu stärken. Eine Flos-

kel. An Dialog mangelt es nicht, sondern an Ergebnissen. Die *Weltwoche* berichtete bereits 2011 über die Rückschaffungsprobleme mit Staaten wie Äthiopien oder Eritrea: Da laufe «im Moment gar nichts». Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. 2013 wurde ein einziger abgewiesener Asylbewerber aus Äthiopien zurückgeschafft, 2014 waren es zwei, und 2015 kein einziger (Stand Ende September). Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Gesuche mindestens verdoppelt.

Die letzte Reise nach Äthiopien bestätigt den Eindruck von kantonalen Vollzugsbehörden: Simonetta Sommaruga habe sich dem Druck ihrer linken Parteikollegen endgültig gebeugt. Die anfänglich klare Linie sei dahin. Nun laute die Devise im Staatssekretariat für Migration (SEM): «Möglichst viele Asylbewerber aufnehmen und die dafür benötigten Kapazitäten bereitstellen». Auf Rückführungen oder gar Abschreckung hinzuwirken, sei nicht erwünscht. Die Kommunikationsabteilung des EJPD arbeitet am Kurswechsel kräftig mit: Am liebsten lässt sich Sommaruga mit Flüchtlingskindern abbilden. Das Mutter-Teresa-Image soll ablenken vom eigenen Unvermögen und von den Fakten: Die grosse Mehrzahl der Flüchtlinge sind junge Männer, die von Schleppern durch sichere Drittstaaten geschleust werden, bis sie in ihrem Asylwuschland Schweiz angekommen sind. ○

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch